

16. Landtag von Baden-Württemberg, 120. Sitzung

Mittwoch, 20. Februar 2020, 10:00 Uhr

Rede

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Winfried Mack MdL

Erste Beratung des Gesetzentwurfs

**der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD
und der Fraktion der FDP/DVP**

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Es gilt das gesprochene Wort.

Winfried Mack MdL:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir setzen heute in diesem Parlament ein wichtiges Zeichen der Solidarität. Die gesetzliche Diätenanpassung wird einmalig ausgesetzt. Wir sind uns fraktionsübergreifend einig: Es wäre nicht richtig, wenn jetzt die Gehälter der Abgeordneten steigen würden, während gleichzeitig das Land durch das vielleicht schwierigste Jahr seiner Geschichte geht.

Die Coronakrise bedeutet für viele Menschen in Baden-Württemberg einen harten Einschnitt. Viele standen von heute auf morgen ohne Einkommen da. Deswegen haben wir hier auch Soforthilfen beschlossen. Viele sind in Kurzarbeit, und vielen droht der Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Uns alle eint die Sorge, dass die Pandemie und ihre Folgen die Wohlstandsentwicklung im Land spürbar bremsen könnten. Wir alle kennen die Wirtschaftsprognosen. Die Regierung und diese Koalition mobilisieren deshalb alle Kräfte, um unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben zu stabilisieren.

Die Krise ist die Stunde der Bewährung, aber auch die Stunde der Solidarität. Es hat gutgetan, zu sehen, wie viel Miteinander, wie viel Gemeinsinn, wie viel gelebte Verantwortung es überall im Land gibt. Viele Menschen verzichten in diesen Wochen auf ihren Vorteil – zum Vorteil und zum Schutz der anderen. Das ist beeindruckend und beispielgebend. Deshalb war es für uns klar und ist selbstverständlich, dass auch wir Abgeordnete uns in dieser großen Solidarität sehen.

Deshalb verzichten wir auf die eigentlich anstehende Diätenerhöhung. Wir haben ein Indexverfahren; die Bezüge der Abgeordneten richten sich streng nach der allgemeinen Lohnentwicklung. Das ist gerecht und transparent, denn die Einkommen der Abgeordneten folgen damit ganz genau dem durchschnittlichen Volkseinkommen. Im letzten Jahr sind die Nominallöhne in Baden-Württemberg um 2,6 % gestiegen; das hat das Statistische Landesamt so berechnet.

Nach dem Abgeordnetengesetz würden die Diäten deshalb auch in diesem Jahr exakt um diese 2,6 % steigen. Wir würden damit also lediglich die Lohnentwicklung aus dem Jahr 2019 nachzeichnen.

Die Bindung an die Löhne funktioniert bekanntlich in beide Richtungen. Denn sinkende Löhne in diesem Jahr werden dann im nächsten Jahr auch sinkende Diäten bedeuten. Dessen müssen wir uns immer auch bewusst sein. Auch der Finanzkrise hatten wir dieses Prinzip schon und hatten deshalb sinkende Abgeordnetenbezüge.

Es ist allerdings breiter Konsens hier im Haus, dass wir dieses Mal einmalig in das Indexverfahren eingreifen und eine außerplanmäßige Nullrunde beschließen. Ich glaube

und ich hoffe, dass die Menschen im Land dieses Zeichen verstehen und anerkennen. Ein fleißiges Parlament und fähige Abgeordnete müssen einer demokratischen Gesellschaft etwas wert sein. Als gewählte Mandatsträger waren wir gerade in den letzten Wochen intensiv gefordert, oft rund um die Uhr gefragt, und wir waren ansprechbar.

Ich erinnere nochmals daran, was die Expertenkommission zur Altersversorgung in ihrem Bericht festgehalten hat. Sie hat die herausgehobene Stellung der Abgeordneten, ihre umfangreichen Aufgaben, ihre große Verantwortung und die Bedeutung des Mandats im Rahmen der Volkssouveränität betont. Darauf kommt es in Krisenzeiten mehr als sonst an.

Wir, die Abgeordneten, arbeiten hart dafür, dass unser Land gut durch diese Krise kommt und ein starkes Land bleibt.